

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes, sowie durch die Expeditionen in Leipzig (Duerstraße Nr. 8) und Dresden (bei G. Höfner, Neustadt, Außer Brücke, Nr. 2).

Insertionsgebühr für den Raum einer Zeile 2 Ngr.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gerechtigkeit!»

Leipzig. Die Zeitung erscheint mit Ausnahme des Sonntags täglich zwei mal und wird ausgegeben in Leipzig Vormittags 11 Uhr, Abends 6 Uhr; in Dresden Abends 5 Uhr, in Mittelnachmittag 4 Uhr.

Preis für das Vierteljahr 1 1/2 Thlr.; jede einzelne Nummer 1 Ngr.

Deutschland.

Berlin, 30. Nov. Es ist bereits von Magdeburg aus berichtet worden, daß die Beratungen über eine Ermäßigung, resp. gänzliche Aufhebung der Elbzölle zu einem günstigen Resultate wol schwerlich führen würden. Es waren diese Angaben nicht unbegründet. Bei der großen Wichtigkeit der Sache glauben die Bevollmächtigten jedoch jeden möglichen Weg, auf welchem die Opposition besiegelt werden könnte, versuchen zu sollen, und es begaben sich zu diesem Ende Anfangs der verflossenen Woche sämtliche Bevollmächtigte von Magdeburg hierher, um mit der hiesigen Regierung, insbesondere mit dem Handelsminister, über die betreffenden Punkte direct zu conferiren. Die hiesige Regierung hat sich die Sache, wie auch bei früheren Gelegenheiten, angelegen sein lassen; es fand eine Ministerconferenz über den Gegenstand statt, und die mit den verschiedenen Bevollmächtigten gepflogenen Besprechungen hatten denn auch das Resultat, daß man allseitig, mit alleiniger Ausnahme Mecklenburgs, über die Aufhebung der Elbzölle einverstanden war. Alle Bemühungen, Mecklenburg für das so lange gewünschte Arrangement zu gewinnen, scheiterten an der principiellen Opposition seines Bevollmächtigten, und es hat sich infolge dessen die Elbschiffahrtscommission, ohne zu einem Resultate gelangt zu sein, gestern hier gänzlich aufgelöst. Die Schifffahrt auf der Elbe wird also auch jetzt noch nicht freigegeben werden, weil — das Sonderinteresse Mecklenburgs so beser seine Rechnung findet. — Ueber die Stellung Preußens zu der die Veröffentlichung der Bundestagsprotokolle betreffenden Frage haben hiesige Blätter, insoweit die Angelegenheit in dem betreffenden Ausschusse zu Frankfurt zur Berathung gekommen, bereits dahin berichtet, daß Preußen entweder eine möglichst schnelle und vollständige, oder gar keine Veröffentlichung der Bundestagsprotokolle wünsche, indem es der Ansicht ist, daß eine späte und noch dazu verstümmelte Veröffentlichung der Protokolle den dabei verfolgten Zweck gänzlich verfehlen müsse. Es hat nun, einer aus Frankfurt hier eingetroffenen Meldung zufolge, eine Einigung des Ausschusses darüber stattgefunden, daß eine Veröffentlichung der Bundestagsprotokolle eintreten solle; über den Modus der Veröffentlichung hat eine Einigung jedoch noch nicht zu Stande gebracht werden können, und es muß, mit Rücksicht auf die große Verschiedenheit der Ansichten der einzelnen Regierungen über diese Frage, auch vorerst noch bezweifelt werden, daß eine Verständigung hierüber erzielt werde.

Berlin, 30. Nov. Die gestern vollzogenen Bureauwahlen in der II. Kammer (Nr. 607) zeigen, daß die Bodenschwingh-Seppert'sche Partei sich schwerlich irgendwie geändert hat. Bei der Präsidentenwahl siegte allerdings der Candidat der Linken, Graf Schwerin, indem ein großer Theil des Centrums ebenfalls für ihn stimmte. Doch rührt dies hauptsächlich davon her, daß der Candidat der Rechten, Graf v. Arnim-Boitzenburg, eine zu provocirte Parteifarbe repräsentirt, als daß Aussicht vorhanden gewesen wäre, ihn mit einer einigermaßen respectablen Majorität gewählt zu sehen. Dennoch scheinen 15—20 Mitglieder des Centrums für Graf Arnim gestimmt zu haben. Die beiden Vicepräsidenten Seppert und v. Görz gehören der Centrapartei an. Die Bureauwahlen in den Abtheilungen der II. Kammer sind überwiegend im Sinne der Rechten ausgefallen, wohingegen die Vorstehenden der Bureauz der I. Kammer mehr im Sinne der Linken und des Centrums ausgefallen sind.

Bei dem Diner auf dem Schlosse erschien Hr. v. Bethmann-Hollweg in ständischer Uniform, was durchaus nicht auffallend ist, wie einige Blätter meinen, sondern im Gegentheil mit der Ansicht dieses Herrn über die bedingte Rechtsbeständigkeit der Stände sich sehr wohl verträgt. Der König soll sich sowohl mit Hr. v. Bethmann als mit dem ebenfalls zur „altpreussischen“ Partei gehörigen Hr. Mathis lange und lebhaft unterhalten haben. Mit dem Programme des Hr. v. Bethmann — so wäre unter Anderm geäußert worden — sei man ganz einverstanden, bis auf den einen Punkt: daß nämlich Preußen nicht nach traditionellen oder abstracten Principien Allianzen schließen solle. Sowie man bisher niemals mit der „Revolution“ Bündnisse geschlossen, so gedenke man auch fernerhin diesem Principe treu zu bleiben. — Dem Vornehmen nach wäre Graf v. d. Goltz der Verfasser des soeben angeführten Paragraphen des Programms.

München, 29. Nov. Eine bedeutungsvolle, folgenschwere Sitzung liegt hinter uns, die Majorität der Kammer der Abgeordneten hat es abgelehnt, auf des Abg. Rubner Antrag einzugehen, eine Commission niederzusetzen, die Vorschläge machen solle, um die Uebergänge der Polizei gegen die ungeschmähten Verfassungsverletzungen der Kammerverhandlungen einzubestimmen. Der Ministerpräsident erklärte im Namen der Regierung, daß nach ihrer Ansicht die Polizeibehörden gar keine Uebergänge gemacht hätten, daß sie durch die bekannten Beschlagnahmen am wenigsten in die Rechte der Kammer eingegriffen haben: denn sie hätten sich dabei vollkommen auf gesetzlichem Boden befunden. Was die Antragsteller verlangten, die Unantastbarkeit der Kammerverhandlungen in den öffentlichen Blättern, sei schon deshalb nicht rechtlich begründet, weil man solche Verlangen stelle. Denn was man verlange, besitze man noch nicht, dazu müsse erst ein Gesetz gemacht werden, das die Zustimmung der Regierung niemals erlangen würde. Abg. Frhr. v. Lerchenfeld beantragte eine motivirte Tagesordnung: „die Kammer solle unter Verwerfung des Rubner'schen Antrags, als nicht begründet, und unter Wahrung ihrer Rechte aussprechen, daß die Staatsregierung Sorge tragen möge, daß der Schutz, welchen das Gesetz der Presse verleihen will, nicht durch irrige Auffassung und mißbräuchlichen Vollzug des Gesetzes derselben entzogen werde.“ Bei der Begründung dieses Antrags konnte er eine auf die Spitze getriebene Vollziehung des Pressegesetzes gegenüber der liberalen Oppositionspresse nicht in Abrede stellen und wünschte da eine Abhilfe, auf daß nicht die in der Presse unterdrückte Opposition sich erbittert in diesen Saal allein zurückziehe, wo jedes Wort eine ganz andere Bedeutung habe als das obscurer Zeitungsschreiber. Auch konnte er nicht in Abrede stellen, daß die ultramontane Presse eine moralische Subvention von Seiten der Regierung genieße, die partiell und nicht zu rechtfertigen sei. Abg. Sepp sieht freilich die ganze conservative Presse in den Organen des Ultramontanismus vertreten, wogegen Hr. v. d. Pfordten bemerkt: „Conservativ könne nur Der genannt werden, der das geltende Recht achtet.“ Wenn er aber weiter beifügt, daß es Intention der untern und obern Behörden sei, das Gesetz gegen jede Richtung in Vollzug zu setzen, so scheint er dabei außer Acht gelassen zu haben, daß das Organ der Ultramontanen, der Volkshote, das oft die gemeinsten Invektiven gegen die Kammer bringt, das sie schon des Hochverraths beschuldigt hat, auch nicht ein mal von der Polizei confiscirt worden ist, während die liberalen Blätter oft ohne allen Grund fast täglich mit Beschlagnahme belegt werden. Wurde der Volkshote auch wirklich einmal confiscirt, so geschah dies durch die Staatsanwaltschaft und zwar so spät, daß die Ausgabe nicht mehr verhindert werden konnte. Das ist eine offenkundige Thatsache, die dem Vorstande des Ministerraths keinesfalls unbekannt bleiben konnte. Abg. Rubner hatte absichtlich keinen bestimmten Antrag gestellt, um der Mehrheit zu überlassen, ihre Ansichten in einem solchen niederzulegen; aber er hatte ihr zu viel zugemuthet, obwol einer der Ihrigen, Abg. Dr. Heine, sie darauf aufmerksam machte, daß, wenn sie das Verfahren der Polizeibehörden gutheisse, es den Anschein erhalte, als ob sie mit denselben conspirire, um die Reden der Opposition zu vernichten, weil man mit vernünftigen Gründen sie nicht bekämpfen könne. Ein leidenschaftlicher Kampf entspann sich sodann über diesen Gegenstand und endete damit, daß die Kammer sich freiwillig unter die Controle der Polizei zu begeben für gut fand, indem sie mit 68 gegen 54 Stimmen den Rubner'schen Antrag ablehnte und Abg. Frhr. v. Lerchenfeld's motivirte Tagesordnung annahm. Die Linke wird übrigens trotz dieser Abstimmung die Vertheidigung der Pressefreiheit, wie sie in der Verfassung garantirt ist, nicht aufgeben und schon wird durch Abg. Dr. Morgenstern ein neuer Antrag vorbereitet, der alle Polizeiübergänge und Verfassungsverletzungen, welche gegen die Vertreter der Presse seit Jahren verübt worden sind, in seiner Begründung enthält.

Hannover, 29. Nov. Die Hannoverische Zeitung meldet, daß am heutigen Tage vom Könige sämtliche von Militärpersonen eingereichte Heirathsgesuche genehmigt worden sind.

— Man schreibt der Weser-Zeitung aus Hannover vom 27. Nov.: Was die vielbesprochene, auch in dieser Zeitung erwähnte Audienz betrifft, welche die Gesandten von Oesterreich und Preußen am Sterbetage bei dem jetzigen Könige gehabt haben sollen, so haben sich diese Herren schon um 9 Uhr Morgens im Palais eingefunden, sollen sich bei dem Oberhofmarschall nach dem Befinden der Majestäten erkundigt, ihr Beileid ausgesprochen und sich eine Audienz erbeten haben, zu der sich die Herren in Einem Wagen um 1 Uhr begaben. Daß dabei Politik getrieben sei, machen die Zeit und der Umstand, daß beide Gesandte schwerlich gleiche Vorstellungen zu machen gehabt hätten, mehr als unwahrscheinlich, obgleich Personen, die ihrer Stellung nach gut unterrichtet sein können, zu verstehen geben, daß die Entlassung des Ministeriums durch Vorstellungen von außen veranlaßt sei. Wahrscheinlich hoffen sie indessen nur auf diese nicht sehr geschickte Weise den Eindruck zu mildern, den die Entlassung zum Erstaunen vieler Unselbständigen in der Politik im Publicum gemacht hat. Dagegen wird uns immer wahrscheinlicher, daß die allerhöchste Abneigung gegen die Gräfin Grote und deren Familie einen viel bedeutendern Einfluß auf die schon jetzt erfolgte Entlassung des Ministeriums gehabt hat, als gewöhnlich angenommen wird; eine Abneigung, die durch die Entfernung, in welcher die Kronprinzliche Fa-